

Herr Ratsvorsitzender,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrter Herr Webersinn, nach dem was uns die Verwaltung eben vorgetragen hat: merken Sie nicht, wie wenig Ihr Antrag in die Landschaft passt?

Mir liegen die Ergebnisse der Landtagswahlen am vergangenen Sonntag noch ziemlich schwer im Magen. Und sie gehen mir nicht aus dem Kopf. Allzu deutlich wurde, dass unser bisheriger Umgang mit den Fragen der Zuwanderung, der Flucht aus den vielen Krisengebieten dieser Welt zu uns, kaum geeignet war, Vertrauen unter Wählerinnen und Wählern aufzubauen. Im Gegenteil: grundsätzliches Misstrauen gegen etablierte Parteien und eine zunehmend radikalisierte Debatte werden immer offensichtlicher. Und: viele Menschen fühlen sich ungerecht behandelt, „die da oben“ machen doch, was sie wollen, „wir“ zahlen die Zeche...

Für mich stellt sich eindringlich die Frage, wie in so kurzer Zeit ein solches Maß an Respektlosigkeit und Brutalität in die politische Auseinandersetzung geraten ist, wie plötzlich ein Überbietungswettbewerb ausgebrochen ist, wer am kernigsten Ausweisungen, Rückführungen, Abschottung fordert, zum Teil will mir scheinen: wer am schnellsten am rechten Rand angekommen ist. (Nebenbei: wer nach Amerika schaut, sieht dort das Gleiche!)

Respektlosigkeit greift um sich. Respektlosigkeit vor Menschen, ganz egal ob sie nun als verfolgte Sinti und Roma vom Balkan, als Flüchtlinge aus dem alles zerstörenden Krieg in Syrien, aus Regionen Afrikas voller Klankriege und wirtschaftlichem Niedergang oder voller Angst vor den Taliban aus Afghanistan zu uns gekommen sind. Oder ob sie vielleicht „nur“ deswegen den langen und riskanten Weg nach Europa auf sich genommen haben, weil sie eine bessere Zukunft für sich und ihre Familien suchen. Was immer unsere Gesetze fordern, etwa wenn ein Asylanspruch nicht besteht, was immer wir für richtig oder unvermeidlich halten im Umgang mit Geflüchteten – es sind Menschen, und sie verdienen unseren Respekt!

Lassen Sie mich also auf Ihren Antrag in dreierlei Weise antworten: was die rechtlichen Rahmenbedingungen angeht, was die Ziele und quasi taktischen Erwägungen hinter Ihrem Antrag angeht und schließlich was es stattdessen bräuchte – und natürlich auch, was das alles mit Lübeck zu tun haben könnte.

Also erstens: das ist eigentlich ganz klar nach den Ausführungen der Verwaltung: Abschiebung ist notwendig. Sie wird durchgeführt. Und bei einer so deutlich gewachsenen Zahl von Flüchtlingen nimmt auch die Zahl der Abschiebungen zu. Aber: Wir sind doch originär gar nicht zuständig. Vielen Dank an die Verwaltung für die sorgfältige Darstellung des Verfahrens! Rückführungsverfahren sind zunächst Sache des BAMF, hier in Lüneburg werden nur Anweisungen ausgeführt. Wie schwer das oft fällt, hat Oberbürgermeister Mädge in der letzten Sitzung eindrucksvoll beschrieben. Es handelt sich eben immer um Menschen! Aber die Verfahren werden durchgeführt und scheitern nicht am Fehlen eines

Plans! Und das schließt natürlich auch die Abschiebung von straffällig gewordenen Asylbewerbern ein.

Dass Abschiebung kompliziert ist, dass ein Rechtsweg beschritten werden und Widerspruch eingelegt werden kann, das können wir hier nicht verändern. Das wäre in keinem Fall Gegenstand eines lokalen Lüneburger Abschiebeplans. Und was uns angeht – das wollen wir auch gar nicht verändern!

Und damit zweitens – und wichtiger noch: Sie suggerieren den Menschen mit Ihrem Antrag, wir hier in Lüneburg könnten in dieser Situation grundsätzlich etwas tun, für eine spürbare Entlastung sorgen, wenn wir nur endlich all die vielen Menschen aus Lüneburg hinausbefördern, die zu Unrecht hier sind. Aber – das hat die Verwaltung schon in der letzten Sitzung deutlich gemacht, und jetzt noch einmal in der Stellungnahme – die Anzahl der Menschen, die für eine Rückführung in Frage kommen, ist klein! Das ganze Thema wird von Ihnen doch künstlich groß gemacht. 17 nennt die Verwaltung aktuell! 17 Menschen!

Warum also das Thema benutzen? Warum sich nicht auf ganz anderes konzentrieren: auf die Aufgaben, die wir mit aller Kraft angehen sollten, damit Integration gelingt. Die Stichworte sind Bildung, Spracherwerb, Heranführung an den Arbeitsmarkt! Und – mindestens ebenso wichtig – wir sollten uns darauf konzentrieren, dass wir uns um die Bedürfnisse der Menschen in dieser Stadt kümmern. Da nenne ich das Wohnungsbauförderprogramm, die weitere Gestaltung in Kaltenmoor, von der wir heute in der LZ lesen konnten, das Engagement für Mieter am weißen Turm, die Stärkung unserer Schulen... Lassen Sie uns also an diesen Gerechtigkeitsfragen arbeiten!

Wozu ein Abschiebeplan für zur Zeit 17 Menschen? Und da spätestens wird es bedenklich: Mir will scheinen, Sie machen dieses Thema groß, um Stimmung zu machen. Stimmung am Ende gegen Menschen! Wollen Sie ernsthaft suggerieren, hier in Lüneburg gebe es Menschen in großer Zahl, die hier nicht sein dürfen? Wollen Sie ernsthaft suggerieren, in Lüneburg gäbe es straffällig gewordene Asylbewerber in großer Zahl? Sie schüren damit Misstrauen in den Unterkünften und Misstrauen unter den Menschen der Stadt!

Auch in Lübeck muss und will man sich an Recht und Gesetz halten, auch in Lübeck wird der Rechtsweg allen abgelehnten Asylbewerbern offen stehen. Die Frage der Abschiebung mag bei 6.000 Geflüchteten in Lübeck dringender sein – in Lüneburg brauchen wir so etwas nicht!

Was ich aus den Wahlen am vergangenen Wochenende gelernt habe: Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit und eine offene, sorgfältige Haltung den Bedürfnissen der Menschen gegenüber – das hat sich im Fall der beiden klaren Wahlsieger offensichtlich ausgezahlt! Lassen Sie uns gemeinsam nach Lösungen für Lüneburg suchen. Ihren Antrag, einen Abschiebeplan, braucht es dafür aus unserer Sicht nicht, ganz im Gegenteil!

Vielen Dank.